Rheder Volkszeitung

Bezugspreis: 2,55 Mk. alle 4 Wochen.

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt

Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeistereien und Ämtern des Kreises Borken.

Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 15. Fernspr. Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfing. Werth: Th. Parras.

Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 158 | Sonntag, den 9. Juni 1929 | Jahrgang 1929

Die Kritik am Young-Plan.

Zurückhaltung der deutschen Presse.

:: **Berlin**, 8. Juni.

Bisher nimmt nur ein Teil der Berliner Blätter zu den Schlußbericht der Reparationssachverständigen Stellung. Der „Vorwärts" schreibt: „Das Ergebnis von Paris gibt keinen Anlaß zu Jubelgesängen, aber es bedeutet einen Schritt vorwärts. Politisch gesehen, zeigt es, daß gegen Deutschland in der Welt kein Vernichtungswille mehr besteht und daß man bereit ist, die Vernunft zu Worte kommen zu lassen. Die internationale Schulden- und Reparationsfrage ist endgültig aus dem akuten Stadium des Kampfes in das Stadium der Verständigung hinübergetreten. Das ist es, was bei aller Schwere der noch zu tragenden Lasten entscheidend bleibt. Die Souveränität Deutschlands wird im wesentlichen wiederhergestellt, eine internationale Reparationsbank wird geschaffen, die keine politischen, sondern nur wirtschaftliche Funktionen hat. Auch der Fall einer Zahlungsunfähigkeit Deutschlands soll rein sachlich, rein wirtschaftlich behandelt werden, wobei Deutschland wiederu ein eminent wirtschaftliches Interesse hat, nicht fahrlässiger Weise in Verzug zu geraten.

Im „Berliner Tageblatt" wird ausgeführt: Trotz aller anzuerkennenden Endgültigkeit der neuen Reparationsregelung darf man wohl die Hoffnung hegen, daß Deutschland nicht erst nach 58 Jahren und nach Abtragung der vollen Kapitalsumme von 35 Milliarden von seiner Reparationsschuld befreit werden wird. Der Streit um die Reparationen ist nun zu Ende. Damit beginnt eine neue Periode der deutschen Wirtschaftsentwickelung. Die ökonomische Selbständigkeit ist Deutschland wiedergegeben und was jetzt geschieht, geschieht auf Grund uneingeschränkter eigener Verantwortung.

In der „Vossischen Zeitung" heißt es: Die Vorstellung ist absurd, daß ein Volk zwei Generationen lang den anderen Völkern Kriegsentschädigungen zahlen soll. Auch im Lager der alliierten Mächte und vor allem in den Vereinigten Staaten wird eines Tages die wirtschaftliche Vernunft siegen und wenn nicht zu einer völligen Annulierung, jedoch zu einer vernünftigen Herabsetzung der internationalen Kriegsverschuldung führen müssen. Bis dahin gilt es, Vertrauen in die Zukunft zu haben und mit ungebrochener Kraft an dem Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zu arbeiten. Der „Berliner Börsenkurier" sagt: Die Last muß getragen werden. Obwohl nicht wirtschaftliche Erkenntnis, nicht etwa der Wille, die Welt an einem Reparationsplan genesen zu lassen, sie bemessen hat. Die Grenze, bei der sich die Forderung und Angebot, in Wehren und Widerstand schließlich zusammenfanden, wurde von der Macht der Sieger bestimmt. Und das Sachverständnis der Sachverständigen kam den wirtschaftlichen Gesichtspunkten nur insofern zugute, als es gewisse Vorsichtsmaßregeln einfügte, oder zugestand. Der „Lokalanzeiger" schreibt: Woodrow Wilson versprach einst dem deutschen Volke einen ehrenhaften Frieden, keine Kriegsentschädigung als Strafe, sondern nur die Kosten der Wiederherstellung des durch Kriegshandlungen zerstörten Eigentums sollte Deutschland leisten. Dann kam Versailles. 30 Jahre sollte Deutschland Tribute zahlen. Der Dawesplan: 37 Jahre lang soll es zahlen. Der neue Pariser Tributplan: Von neuem, 37 und dann noch 21 Jahre soll Deutschland zahlen. Das ist gar nicht so schlimm — sagt man wieder, denn der neue Plan sieht die Möglichkeit eines Zahlungsaufschubs und einer Revision vor. Wenn Amerika seinen Schuldnern Nachlaß gewährt, soll ein Teil dieses Nachlasses Deutschland zugute kommen. Wenn und abermals wenn. Versprechungen ohne Untergrund zu nichts wirklich verpflichtend. Die letzten Rechte, die Deutschland aus elf Jahren internationaler Konferenzen noch gewahrt hat, werden eingetauscht gegen Phantome. — Die „Deutsche Zeitung" schleudert diesem „Machwerk" ein rundes „Nein" entgegen und sagt: Und wir wissen, daß auch diejenigen eines Tages bekehrt sein werden, die heute abermals einig darin gehen, den unersättlichen Rachen des auf Vernichtung bedachten Feindbundes zu stopfen.

★

Der französische Chauvinismus ist unzufrieden.

◇ **Paris**, 8. Juni. Das „Echo de Paris" schreibt, wenn man von dem Grundsatz ausgehe, daß Deutschland bis zum Schluß nur das bezahle, was kommerzialisiert werden könne, also etwas weniger als ein Drittel des Guthabens der früheren Alliierten, dann sei das Gesamtergebnis ziemlich wenig zufriedenstellend. Es bleibe zuviel in der Luft hängen. Die Sachverständigen hatten sich sehr bemüht, diese Gefahr abzuwenden. Sie hätten sich der Vorstellung hingegeben, daß die Zahlungen Deutschlands ohne irgendwelchen Unterschied auf den geschützten und den ungeschützten Teil der Annuität, je nach dem Prozentsatz der zu erhaltenden Summe Anwendung finden würden. Der Hauptfehler des Young-Planes — übrigens die Wiederholung eines Fehlers des Dawesplanes — beruhe darauf, daß er von der Voraussetzung ausgehe, daß Deutschland sich loyal mit dem Gedanken abgefunden habe, daß es 60 Jahre lang seine Besieger und Gläubiger schadlos halten müsse. Von der Loyalität Deutschlands überzeugt, habe die Reparationskonferenz die ersten Annuitäten soweit ermäßigt, daß die Durchschnittsannuität von 2050 Millionen ℳ bis 1940 erreicht werde. Das sei doch abenteuerlich, aber Owen Youngs Schiedsspruch sei nun einmal so ausgefallen. — Das „Oeuvre" schreibt: Youngs Plan kann die endgültige Regelung der internationalen Probleme bedeuten, die der Krieg hinterließ, aber lediglich unter der Voraussetzung, daß wirklich alle ohne jeden Hintergedanken in dem Plan eine derartige Regelung erblicken und daß die Verbindung, die er zwischen den Kriegsschulden und den Reparationen herstellt, von allen tatsächlich als unlösbar angesehen wird. — Der „Avenir" erklärt: Das hauptsächliche Verdienst des Young-Plans ist, daß er eine Prestigedefinierung der deutschen Schuld enthält und daß dabei in sehr geglückter Form die Kriegsschulden der Alliierten mit einbezogen wurden, während dennoch für Amerika die formelle Unterscheidung zwischen den beiden Arten von Schulden, an der es festhält, auch fernerhin bestehen bleibt. Der radikale „Quotidien" nennt den Bericht einen Fortschritt. Jetzt, wo er fertig vorliegt, sei die technische Seite der Frage abgeschlossen. Nunmehr gelangt die Politik zu ihrem Recht! Das Blatt findet den Bericht insofern für Frankreich beunruhigend, weil man nicht die Gewißheit habe, daß eine Schutzklausel zugunsten Frankreichs in das Schuldenabkommen mit den Vereinigten Staaten eingefügt werde.

★

Die Alliierten „denken an die Rheinlandräumung".

÷ **London**, 7. Juni. Reuter meldet aus Paris: Die in London veröffentlichten Berichte, wonach bereits Vorbereitungen für die Räumung des Rheinlandes im Oktober eingeleitet worden seien, sind verfrüht und irreführend. Selbstverständlich liegt die Räumung in der Luft und die alliierten Regierungen denken an sie, aber es ist bisher nicht nur keine Entscheidung darüber getroffen worden, daß zu einem bestimmten Termin geräumt werden wird, sondern es sind auch zwischen der britischen und der französischen Regierung keine Verhandlungen hierüber eingeleitet worden. Andererseits würde die Räumung, wenn sie ausgeführt würde, eine Operation sein, die sorgfältiger Vorbereitung bedürfte. Es liegt durchaus im Bereich der Möglichkeit, daß die alliierten Armeestäbe bereits damit beschäftigt sind, die eventuellen Mittel und Wege für eine Räumung zu prüfen, indessen ist die Räumung für den Augenblick lediglich ein Projekt für die Regierungen und ein Erörterungsgegenstand für die Presse. — „Daily Mail" erklärt in einem Pariser Telegramm, daß unter der Voraussetzung der Billigung des Youngplanes durch sämtliche Regierungen die Räumung des Rheinlandes sicher scheine. Ebenso berichtet „Morning Post" aus Paris: In Kreisen der Sachverständigen hofft man, daß die Regierungen in der Lage sein werden, die Zurückziehung der Besatzungstruppen am 1. September zu vereinbaren. — „Daily Telegraph" stellt fest: Das Aufhören der deutschen Verpflichtung, über den 1. August hinaus für die Besatzungskosten aufzukommen, bedeute, vorausgesetzt, daß der Sachverständigenbericht angenommen wird, eigentlich bereits die Räumung des Rheinlandes zu diesem Zeitpunkte.

★

Protest der französischen Frontkämpfer.

:: **Paris**, 8. Juni. Die nationale Vereinigung der Frontkämpfer hat heute in allen Orten Frankreichs einen Protest gegen den Young-Plan plakatieren lassen. Es heißt auf den Plakaten: „Franzosen! Nachdem Ihr den Blutzoll entrichtet habt, werdet Ihr und Eure Kinder zugeben, daß Ihr die Kriegskosten zahlt und so die Sklaven der deutsch-amerikanischen Finanz werdet? Die ehemaligen Frontkämpfer lehnen das ab!"

Neue Zusammenstöße in Lemberg.

Feststellungen des polnischen Innenministers.

:*: **Warschau**, 8. Juni. Der Minister des Innern, Sladkowski, hat sich im Flugzeug nach Lemberg begeben, um sich persönlich über die dort vorgekommenen Zwischenfälle zu informieren. Er stellte fest, daß bereits 42 Teilnehmer an der Fronleichnamsprozession, deren Störung die Ursache zu den Tumulten gewesen sein soll, als Zeugen vernommen worden sind. Als Ergebnis dieser Befragung ist man zu der Ueberzeugung gelangt, daß von einer bewußten Absicht, der Störung der Fronleichnamsfeierlichkeiten durch Elemente der jüdischen Bevölkerung nicht die Rede sein kann. Der Minister konnte feststellen, daß die angeblich auf die jüdische Provokation ausgelöste Gegenbewegung erst am Abend des darauffolgenden Tages in Erscheinung getreten ist. 28 Personen, gegen die ein Verfahren wegen Landfriedensbruch eingeleitet werden soll, befinden sich in Haft. Minister des Innern Sladkowski hat mit allem Nachdruck angeordnet, daß die notwendigen Maßregeln getroffen werden, um einer Wiederholung der Vorfälle vorzubeugen. Jeder Versuch zu neuen Ausschreitungen wird mit aller Entschlossenheit unterdrückt werden.

★

Zahlreiche Verletzte.

◈ **Warschau**, 8. Juni. Die Lage in Lemberg hat sich neuerdings verschärft. Gestern ist es abermals zu schweren Zusammenstößen zwischen der Polizei und den nationalistischen Studenten gekommen. Kaum hatte Minister des Innern, General Sladkowski, der sich persönlich im Flugzeug nach Lemberg begeben hatte, um 7 Uhr abends die Rückreise angetreten, als die Studenten neuerlich auf die Straße zogen. 2—3000 Studenten beteiligten sich an einem Umzug, der von der Jesuitenkirche seinen Ausgang nahm. Nach beendigtem Umzug streiften die Studenten unter dem Ruf „Nieder mit der Regierung!" in zwei großen Trupps durch die Straßen. Am Dombrowski-Platz stürzten sich einige Burschenschaftler auf einen dort stehenden Polizeiposten und schlugen ihn blutig. Polizei zu Pferde und zu Fuß eilte herbei und versuchte die Studenten auseinander zu treiben. Hierbei kam es zu schweren Zusammenstößen, wobei einige Polizisten und zahlreiche Studenten Verletzungen durch Kolbenhiebe, Messerstiche usw davontrugen. Auf dem Marienplatz demonstrierte eine andere aus etwa 1500 Studenten bestehende Gruppe, der sich allerlei Gesindel angeschlossen hatte. Es begann damit, daß unter dem Rufe „Nieder mit der Regierung!" einige Schaufensterscheiben eingeschlagen wurden. Sofort erschienen starke Polizeiabteilungen, um die Ruhe wieder herzustellen. Den stellvertretenden Starosten, der vermitteln wollte, bewarfen die Studenten mit Steinen. Daraufhin drang die Polizei auf die Menge ein, um sie auseinander zu treiben. Auch hier kam es zu schweren Zusammenstößen, sodaß auf beiden Seiten insgesamt etwa 20 Personen verwundet wurden. Zahlreiche Personen wurden von der Polizei verhaftet.

Zentrumsantrag für verbilligte Fahrgelegenheit für Arbeiter.

Berlin, 7. Juni. Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat einen Antrag eingebracht, in dem die Reichsregierung ersucht wird, auf die Deutsche Reichspost einzuwirken:

1. denjenigen Arbeitern und Angestellten, die nur am Wochenschluß von ihrer Arbeitsgemeinde zur Wohnsitzgemeinde zurückfahren, für die Fahrt mit der Kraftpost von der letzten Eisenbahnstation bis zum Wohnort und zurück Arbeitersonntagsfahrscheine zu ermäßigtem Preise ähnlich den Sonntagsfahrten bei der Reichsbahn zu gewähren;

2. eine Fahrpreisermäßigung in Form von verbilligten Wochen- und Monatsfahrscheinen allen Arbeitern und Angestellten zu gewähren, die täglich die Kraftpostlinien auf dem Wege von und zur Arbeitsstätte benutzen müssen.

Die Verlängerung des Republikschutzgesetzes.

× **Berlin**, 8. Juni. Der Gesetzentwurf zur Verlängerung des Gesetzes zum Schutze der Republik ist jetzt auch dem Reichstage zugeleitet worden. Die Geltungsdauer wird um drei Jahre verlängert. Die materiellen Strafvorschriften sind größtenteils bereits in das neue Strafgesetzbuch eingearbeitet worden, dessen Inkrafttreten aber vorläufig noch nicht zu erwarten ist.

Die Beurteilung des Kabinetts Mac Donald.

÷ **London**, 8. Juni. Die Regierung der Arbeiterpartei findet in der Presse eine günstige Aufnahme. Zwei Tatsachen werden in den Blättern der Opposition übereinstimmend hervorgehoben: der gemäßigte Charakter, der sich in der Zusammensetzung des neuen Kabinetts ausprägt und die Ausscheidung des linken Flügels der Arbeiterpartei bei der Zusammensetzung des Ministeriums. Die Wahl Hendersons zum Staatssekretär des Aeußeren begegnet einiger Kritik, wobei jedoch gleichzeitig betont wird, sie sei wohl zum Teil durch den Wunsch Mac Donalds zu erklären, selbst die Außenpolitik des Landes maßgebend zu beeinflussen. Im Organ der Arbeiterpartei selbst, dem „Daily Herald", wird das Programm der neuen Regierung durch ihre Benennung „Kabinett des nationalen Wiederaufbaus" gekennzeichnet. Im „Daily Telegraph" wird ausgeführt: Wir können uns keine sozialistische Regierung denken, die Vertrauen einflößen kann, aber die eben gebildete gibt wenigstens keinen Anlaß zu besonderen Befürchtungen. Die Ernennung Hendersons zum Staatssekretär des Aeußern kann nicht gerade begrüßt werden, aber niemand zweifelt daran, daß Mac Donald beabsichtigt, das entscheidende Wort über den Kurs der britischen Außenpolitik mitzusprechen.

Uebertritt eines englischen Liberalen zur Arbeiterpartei.

:!: **London**, 7. Juni. Großes Aufsehen erregt in der Presse die Meldung, wonach der Anwalt Jowitt, der bei den letzten Wahlen den Wahlkreis Preston für die Liberalen gewonnen hat, der sozialistischen Partei beigetreten ist. Ihm soll der Posten des Attorney General von Ramsey Mac Donald angeboten worden sein.

Friedensverhandlungen zwischen Regierung und Kirche in Mexiko.

⊙ **Mexiko**, 8. Juni. Präsident Cortez Gil gab dem Reuterkorrespondenten die erste offizielle Bestätigung der seit einiger Zeit in der Presse umlaufenden Gerüchte, daß der Besuch des Erzbischofs von Morlia, Ruiz Flores, der morgen abend eintreffen wird, Verhandlungen über die Kirchenfrage zum Zweck hat. Erzbischof Ruiz wird von dem Bischof Diaz begleitet sein. Die eigentlichen Verhandlungen werden voraussichtlich am Montag aufgenommen.

Tagesfragen.

Der Inhalt des zwischen Preußen und dem Vatikan abzuschließenden Konkordats wird zwar noch streng vertraulich behandelt, aber die Rechtspresse ist schon eifrig am Werk, den neuen Staatsvertrag mit abfälliger Kritik zu überschütten. Die sozialdemokratischen und demokratischen Blätter dagegen begnügen sich größtenteils mit der Feststellung der Tatsache, daß Ministerpräsident Braun die Fraktionsführer über die einzelnen Punkte des Konkordats unterrichtet hat. Sowohl die deutschnationalen Blätter wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung", die als Sprachrohr der Deutschen Volkspartei zu gelten hat, vertreten einmütig die Auffassung, daß ein gleichzeitiger Vertragsabschluß mit der evangelischen Kirche notwendig sei. Die scharfe Betonung dieser Forderung in einem Augenblick, da das Konkordat vor dem Abschluß steht, entspringt nicht sachlichen Motiven, sondern dient nur agitatorischen Zwecken. Die Deutsche Volkspartei will damit ihre Unentbehrlichkeit für die Zustimmung zum Konkordat dokumentieren und gleichzeitig ihren Anspruch auf einige Ministersitze im preußischen Kabinett anmelden. Die Deutschnationale Volkspartei aber legt es wie üblich darauf an, der preußischen Regierung bei jeder Gelegenheit Schwierigkeiten zu bereiten. Nach der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" scheint es so, als ob man bei der volksparteilichen Landtagsfraktion auch gegen die vom Ministerpräsidenten Braun mitgeteilten Punkte Bedenken hege. Die Partei habe sich aber bereit erklärt, im Ausschuß mitzuarbeiten. Freilich sei es noch nicht einmal geklärt, ob die Regierung überhaupt die Absicht habe, das Konkordat einer Ausschußberatung anzuvertrauen. Das Blatt meint weiter, wenn es nicht gelinge, bezüglich der Abmachungen mit der evangelischen Kirche zu einer Lösung zu kommen, so sei es fraglich, ob eine Mehrheit für das Konkordat gefunden werden könne. Der deutschnationale „Berliner Lokalanzeiger" weist darauf hin, daß bei der Abstimmung im Plenum auch immerhin eine beachtliche Zahl der Sozialdemokraten und der Demokraten nicht für die Annahme des Konkordats stimmen, daß also gewisse Absplitterungen bei den Regierungsparteien eintreten würden. Ueber diesen Punkt herrscht allerdings noch keine völlige Klarheit. Da aber, wenn auch die deutschnationale Reichstagsfraktion geschlossen gegen das Konkordat stimmen sollte, die Deutsche Volkspartei schon mit Rücksicht auf die in Aussicht stehenden Ministersitze zum mindesten Stimmenthaltung üben wird, so ist im Landtagsplenum eine sehr beachtliche Mehrheit, die sich für das Konkordat ausspricht, zu erwarten und irgendwelche Besorgnis, daß es zu einer Ablehnung kommen könnte, ist nicht am Platze. Dafür aber, daß die ganze Angelegenheit bis auf Herbst vertagt wird, spricht so gut wie nichts. Nachdem die Vorarbeiten nunmehr restlos erledigt sind, soll der Schlußpunkt möglichst rasch unter das Dokument gesetzt werden.

★

Die Auflösung des Rotfrontkämpferbundes hat die Tatsache ans Licht gebracht, daß dieser Bund in ganz erheblichem Maße verschuldet ist: einem Vermögen von rund 10 000 Mark stehen etwa 100 000 Mark Schulden gegenüber. Nach der Auflösung des Bundes sind nun die Gläubiger zur Reichsregierung gekommen und haben hier ihre Forderungen geltend gemacht unter der Begründung, daß durch die Beschlagnahme des Bundesvermögens das Reich auch die Schulden mit übernommen habe. Natürlich hat die Reichsverwaltung das Ansinnen, für die Schulden der kommunistischen Organisation aufzukommen, abgelehnt, einmal aus dem formalen Grunde, weil eine gesetzliche Vorschrift, die das Reich zu einem solchen Schritt verpflichtete oder auch nur ermächtigte, nicht vorhanden ist, sodann aber auch deshalb, weil es dem Reich wirklich nicht zugemutet werden kann, durch Bereitstellung von Mitteln, zu denen die Gesamtheit beiträgt, staatsfeindliche Organisationen zu unterstützen. Jeder muß sich bewußt sein, daß er, wenn er derartigen Verbänden Kredit gibt, das auf die Gefahr hin tut, daß die Verbände einmal aufgelöst werden und er dann seiner Forderungen verlustig geht. Selbstverständlich gilt das nicht bloß für den Rotfrontkämpferbund, sondern für alle radikalen Organisationen, also auch für den Stahlhelm und die nationalsozialistischen Verbände, die ja infolge ihrer absoluten Gegnerschaft zum Gegenwartsstaat dauernd unter dem Damoklesschwert der Auflösung leben.

★

Die deutsche Reichshauptstadt wird am heutigen Sonntag den König Fuad von Aegypten als Gast in ihren Mauern sehen. Er ist das zweite Staatsoberhaupt, das der deutschen Republik einen hochoffiziellen Besuch abstattet. Vor ihm hat uns in offizieller Form nur Aman Ullah besucht. Die großen Feierlichkeiten, die sich mit seinem Aufenthalt in Berlin verbanden, haben allerdings nicht verhindern können, daß er seiner Krone verlustig gegangen ist. Kaum war er über London und Moskau in sein Reich Afghanistan zurückgekehrt, da brachen neue Aufstände gegen ihn los, deren er trotz zäher Gegenwehr nicht Herr geworden ist. Die Stellung in seinem Lande war eine diktatorische, aber die Machtfülle, die er besaß, hatte ihre inneren Tücken. Diesen war er nicht

gewachsen, und so schlug ihn das Schicksal. Die Stellung des Königs Fuad von Aegypten ist, soweit sein Verhältnis zu seinen Untertanen in Frage kommt, auch eine außerordentlich hohe, da das monarchische Gefühl im Aegyptervolke sehr tiefe Wurzeln besitzt. Sie hat besonders von dem Tage an an Hoheitscharakter zugenommen, als der Vorsitzende der extremen nationalistischen Wafd-Partei, Zaglul Pascha, im vorigen Jahre gestorben war. Dessen Nachfolger, Mustafa Naha Pascha, wurde in einen ehrenrührigen Prozeß verwickelt, aus dem er zwar gerechtfertigt hervorging, aber seine politischen Gegner haben es doch erreicht, daß die überragende politische Stellung der Wafd-Partei erschüttert wurde und König Fuad zum eigentlichen Führer des ägyptischen Volkes werden konnte. König Fuad hat zu den Engländern, die trotz der im Jahre 1922 erfolgten Unabhängigkeitserklärung des Landes die eigentliche Souveränität über Aegypten innehaben, stets ein vorsichtiges freundschaftliches Verhältnis unterhalten, sodaß er sich nach der Beseitigung des Einflusses der Wafd-Partei zum „Diktator" des Landes machen konnte, indem er das Parlament nach Hause schickte. In dieser seiner diktatorischen Stellung ist er bisher unbehelligt geblieben, und die Engländer werden auch wohl dafür sorgen, daß die Wafd-Partei nicht so bald wieder ihren früheren Einfluß und ihre frühere Machtstellung zurückgewinnt. Als im vorigen Jahre Aman Ullah seinen Besuch machte, brachte er die Großen seines Landes mit sich. Er tat das in der klugen Berechnung, daß sie alsdann nicht hinter seinem Rücken das afghanische Volk gegen ihn und seine Reformbestrebungen aufwiegeln könnten. König Fuad kommt sozusagen allein, nicht einmal seine Gemahlin wird ihn begleiten. Und er kann allein kommen, weil er sich seiner Stellung im Lande Aegypten sicher ist. Solange die Wafd-Partei keinen Führer hat von solchem Ansehen und einer solchen Beliebtheit, die Zaglul Pascha genoß, braucht König Fuad keinen Staatsstreich zu fürchten.

★

Als der Locarno-Vertrag zustandegekommen war, hat man sich in weiten deutschen Kreisen der Hoffnung hingegeben, daß die durch ihn Frankreich gewährten Sicherheiten die unmittelbare Wirkung haben müßten, daß nun das Rheinland geräumt werde. Nachdem die Abrüstung Deutschlands offiziell anerkannt worden war und auch die Zahlungen, die Deutschland auf Grund des Dawesplanes als Reparationen zu leisten hatte, in größter Loyalität vorgenommen wurden, gab es in der Tat nicht die geringste Handhabe rechtlicher Art mehr, die Frankreich erlauben konnte, die Besetzung des Rheinlandes weiter auszudehnen. Diese Hoffnungen haben sich nicht erfüllt. Was insbesondere die sogenannten Wirkungen des Locarnoabkommens anging, so hielt sich Frankreich haargenau an die spärlichen Zusicherungen, die man den deutschen Unterhändlern gemacht hatte. Es hat Deutschland nichts genützt, daß es sich auf den Standpunkt stellte, daß die Räumung des Rheinlandes ein berechtigter Anspruch und keine politische Frage mehr sei. Die Franzosen verblieben bei der Auffassung, daß die Frage der Rheinlandräumung nicht nur eine Frage der französischen Sicherheit sei, die trotz des Locarnoabkommens und der deutschen Abrüstung, ja auch trotz des Kelloggpaktes, nicht gelöst sei, sondern auch mit der Reparationsfrage verknüpft bleiben müsse. Nun kann man sich vielleicht auf den Standpunkt stellen, obwohl der Versailler Vertrag dazu keine Handhabung bietet, daß die Art und Weise wie der Dawesplan die deutschen Reparationsverpflichtungen geregelt und sichergestellt hat, noch keine ausreichende Garantie für den Leistungswillen Deutschlands biete. Mit der Ersetzung des Dawesplanes durch den Youngplan, der auch die Gesamtsumme der Reparationsverpflichtungen festsetzt, läßt sich solcher Einwand nicht mehr vereinbaren. Die Franzosen scheinen auch jetzt bereit zu sein, die Schlußfolgerungen aus ihrer bisherigen These zu ziehen. Nun aber tritt wiederum das Sicherheitsmoment in Vorschein. Wir sind es gewohnt, daß die Franzosen je nach der jeweiligen politischen Situation einmal das Sicherheitsmoment, dann das Reparationsmoment vorbringen, wenn sie wegen der Rheinlandfrage interpelliert werden. Und sie tun jetzt so, als sei es ganz selbstverständlich, daß bei einer Zurückziehung der französischen Besatzungstruppen eine besondere Kontrolle für das befreite rheinische Gebiet, ja sogar über das Jahr 1935 hinaus, eingerichtet werden müsse. Wir sind überzeugt, daß sich die deutsche Reichsregierung auf diese Manöver nicht einlassen wird. Es gibt keinen Vertrag, der die Franzosen berechtigen könnte, eine besondere Kontrolle und Ueberwachung des Rheinlandes vorzunehmen, wenn es von der Besatzungsarmee geräumt ist. Es gibt nur noch das Recht einer Kontrolle durch den Völkerbundsrat, die aber für ganz Deutschland vorgesehen ist, nicht etwa nur für das Rheinland oder für das Rheinland in besonderer Weise.

Der Bericht des Sachverständigenausschusses.

Ausführlichere Inhaltsangabe.

:: **Berlin, 7. Juni. Der heute in Paris unterzeichnete Bericht des Sachverständigen-Ausschusses über die Reparationsfrage zerfällt in 12 Abschnitte:**

1. Ernennungen, Auftrag, Zusammensetzung.

Der Bericht macht zunächst einleitende Ausführungen über die Ernennung der Sachverständigen durch die Reparationskommission und die deutsche Regierung, sowie den den Sachverständigen erteilten Auftrag, Vorschläge für eine vollständige und endgültige Regelung des Reparationsproblems auszuarbeiten. Er bringt dann eine namentliche Aufzeichnung aller Mitglieder und erwähnt die während der Tagung durch den Tod Lord Revelstokes und das Ausscheiden Herrn Vöglers eingetretenen Veränderungen.

2. Sitzungen des Ausschusses.

Nach kurzer Beschreibung der 17wöchigen Verhandlungen in einem Hauptausschuß und mehreren Unterausschüssen beschäftigt sich der Bericht eingehender mit der Einstellung des Ausschusses zu seiner Aufgabe.

3. Einstellung des Ausschusses.

Es wird ausgeführt, daß die Sachverständigen in gleicher Weise wie die Mitglieder des Dawesplanes als Geschäftsleute an ihre Aufgabe herangegangen und das unvollständige Werk der früheren Konferenzen durch eine Umwandlung der Reparationsschuld aus einer politischen in eine kommerzielle Verpflichtung zu fördern versucht hätten. Dabei sei man zu dem Ergebnis gekommen, daß es nicht möglich sei, eine Lösung auf rein wirtschaftlicher Grundlage zu finden, weil sich die Sachverständigen gewissen finanziellen und politischen Notwendigkeiten gegenübergesehen hätten, deren Berücksichtigung nicht vermieden werden konnte. Die Entscheidung hätte daher nicht nur auf wirtschaftlichen Erwägungen aufgebaut werden können, man habe vielmehr auch politische Zweckmäßigkeitsgründe berücksichtigen müssen. Wenn man sich auch über die grundlegenden Folgerungen und Vorschläge des Berichts einig geworden sei, so bedeute dies noch nicht, daß der Wortlaut des Berichts in jedem einzelnen Punkt die genaue Schattierung der von den einzelnen Mitgliedern oder Ländergruppen vertretenen Meinungen wiedergebe. Man habe gemeinsam versucht, eine Einrichtung zu schaffen, die im Wege freimütiger Zusammenarbeit auf internationaler Grundlage dazu dienen solle, die Rechte der aus der Kriegszeit herrührenden Vorurteile und Reibungsflächen zu beseitigen.

4. Prüfung der deutschen Wirtschaftslage.

Der folgende Abschnitt beschäftigt sich eingehend mit der gegenwärtigen Wirtschaftslage und den Zukunftsmöglichkeiten Deutschlands, wobei die wertvolle Hilfeleistung der verschiedenen Instanzen, die hierüber im einzelnen wertvolle Aufschlüsse geben könnten, hervorgehoben wird. Insbesondere wurde ausgeführt, daß die „Betrachtungen" die von den deutschen Sachverständigen in den zahlreichen Erörterungen des Ausschusses und in Beantwortung der an sie gerichteten Fragen angestellt worden seien, die Schlußfolgerungen des Ausschusses dauernd und nachhaltig beeinflußt hätten.

Die deutschen Sachverständigen haben dem Ausschuß erschöpfende Auskunft über den Bedarf der deutschen Wirtschaft an ausländischem Kapital in den letzten Jahren, sowie über die Umstände gegeben, die nach ihrer Meinung der Deckung des Bedarfs entgegengewirkt haben; sie haben sich insbesondere über die deutschen Vermögenswerte im Ausland und die Wiederherstellung der Läger und des Produktionsapparates des Landes geäußert. Der Ausschuß stellte Erörterungen über die Produktivität des angelegten Kapitals, sowie Vergleiche zwischen der Steuerlast und der öffentlichen Schuldenlast in Deutschland und in den anderen Ländern an.

Die deutschen Sachverständigen machten ferner vor dem Ausschuß Ausführungen über die gegenwärtige Lage der deutschen Industrie und der deutschen Landwirtschaft, die allgemeine Lohnhöhe, den Haushalt, die Zahlungsbilanz, die finanzielle Auswirkung der Entschädigungen an deutsche Staatsangehörige, den Einfluß der ausländischen Zollmauern auf den deutschen Handel und die besondere Lage eines Industrielandes wie Deutschland, das sein Betriebskapital zu ersetzen hatte und zu gleicher Zeit die Last schwerer internationaler Verbindlichkeiten übernehmen mußte.

Die deutschen Sachverständigen legten besonderen Nachdruck auf die Frage der Deutschland innerhalb und außerhalb seiner Grenzen zur Verfügung stehenden natürlichen Hilfsquellen und deren Bedeutung für Deutschlands Zahlungsfähigkeit.

Unter den Entwicklungsmerkmalen, die sich bei einem Ueberblick auf die letzten fünf Jahre am stärksten abzeichneten, sei besonders auf die Steuerkraft, die Transfermöglichkeit, den Einfluß ausländischer Anleihen und die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands hinzuweisen. Während in dieser Hinsicht die nichtdeutschen Sachverständigen zu der Ansicht gekommen seien, daß die Fähigkeit Deutschlands, jährliche Summen in der Größenordnung des Dawesplanes im Wege innerer Besteuerung oder Anleiheaufnahme aufzubringen, nicht ernstlich in Zweifel gezogen werden könne, hätten die deutschen Sachverständigen die Auffassung vertreten, daß das ausländische Kapital, das in den letzten fünf Jahren nach Deutschland geströmt sei, die steuerliche Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nur vorübergehend gesteigert habe und daß die tatsächlich während dieses Zeitraums erhobenen Steuern zu einem beträchtlichen Teil aus der Substanz gezahlt worden seien, sodaß es sehr zweifelhaft erscheine, was Deutschland überhaupt aus Ueberschüssen seiner Wirtschaft zahlen könne. Demgegenüber kam der Ausschuß in seiner Gesamtheit zu dem Ergebnis, daß, wie weit auch immer die Unsicherheit über die Steuerfähigkeit in der Zwischenzeit als beseitigt angesehen werden mag, jedenfalls hervorgehoben werden müsse, daß er nicht in der Lage sei, aus der tatsächlichen Entwicklung der letzten vier oder fünf Jahre einen endgültigen Schluß auf die wirkliche Transferfähigkeit Deutschlands zu ziehen".

Es folgen dann Angaben über die ausländische Kapitaleinfuhr nach Deutschland, aus deren Höhe die deutschen Sachverständigen den Schluß zogen, daß die Kapitalbildung in Deutschland den vorhandenen Bedarf nicht gedeckt habe und auch in Zukunft nicht decken könne und daß daher die Forderung der Bezahlung regelmäßiger Annuitäten der im Dawesplan vorgesehenen oder auch wesentlich niedrigeren Beträge von der fortdauernden Fähigkeit Deutschlands, im Auslande zu borgen, abhängig sei. Dies aber bedeute eine mittelbare Leistung aus der deutschen Substanz. Die nichtdeutschen Sachverständigen hätten demgegenüber betont, daß es sich bei den vergangenen Jahren nur um eine Uebergangsperiode gehandelt habe und daß der in ihr durchgeführte Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft erheblich höhere Werte als die von Deutschland geborgten Summen geschaffen habe. Diese Uebergangsperiode sei nunmehr abgeschlossen, und man sehe jetzt einem langen Zeitraum entgegen, in dem der deutsche Kapitalbedarf verhältnismäßig niedrig sein und die wiederhergestellte deutsche Produktionskraft eine ständige Ausdehnung des Exports ermöglichen werde. Wie dem auch sei, jedenfalls sei eine endgültige Festsetzung der deutschen Schuld, die Deutschland unter Ausschaltung des vorhandenen politischen Mechanismus auf Grund eigener Verantwortlichkeit zu zahlen habe, für seinen Kredit und die Entfaltung seiner Kräfte zweifellos von Vorteil.

Mit dem Ergebnis der Konferenz glaube man allen Bedürfnissen Deutschlands gerecht geworden zu sein, zumal auch für die Zeit vorübergehender Schwierigkeiten durch die Möglichkeit eines Transfer- und eines Aufbringungsaufschubs Vorsorge getroffen worden sei.

5. Gang der Verhandlungen.

Der fünfte Abschnitt gibt ein Bild über die wesentlichen Einzelheiten des Verhandlungsganges, der aus der Presse bekannt ist, und der daher nicht noch einmal wiederholt zu werden braucht. Ueber den Abschluß der Konferenz wird gesagt, daß man schließlich vorbehaltlich gewisser Einzelheiten, zu denen auch die belgische Markfrage gehöre, sich auf eine Durchschnittsannuität von 2050,6 Millionen Goldmark geeinigt habe, die die Frage für die ausgearbeiteten Vorschläge des Ausschusses bilde.

6. Bank für internationale Zahlungen.

Alsdann wird im Abschnitt 6 näher auf die neuzugründende internationale Bank eingegangen, die angesichts des finanziellen Charakters des Reparationsproblems für die Durchführung der zahlreichen mit ihm verbundenen bankmäßigen Aufgaben erforderlich sei.

Der mit dem Dawesplan begonnene Prozeß der Ueberleitung des Reparationsproblems von dem politischen auf das finanzielle Gebiet wird so einen Schritt weiter gebracht. Die Bank wird die ganze Arbeit der äußeren Verwaltung leiten, wie den Empfang und die Verteilung der Zahlungen und die Kommerzialisierung derjenigen Teile der Annuitäten, welche kommerzialisiert werden können. Die Tätigkeit der Bank wird der gewöhnlichen und finanziellen Praxis angepaßt werden. Ihre Organisation wird außerhalb des Gebiets politischer Einflüsse liegen, und ihre Befugnisse und ihr Wirkungskreis werden weit genug sein, um sie zu befähigen, die mit der Regelung der deutschen Verpflichtungen verbundenen Probleme mit der nötigen Freiheit und Schnelligkeit zu behandeln.

Die Gläubiger werden eine weitere Sicherheit haben, daß die Auswirkungen wirtschaftlicher Veränderungen auf den Fluß der Zahlungen soweit als möglich beschränkt werden, und Deutschland andererseits wird in Zeiten vorübergehend ungünstiger Verhältnisse die Möglichkeit einer Unterstützung haben.

Wier nehmen an, daß sich die Bank bei verständiger, gegenseitige Konkurrenz möglichst vermeidender finanzieller Entwicklung als eine nützliche Einrichtung für die Erschließung neuer Handelsgebiete erweisen und so zur Lösung des besonderen deutschen Problems beitragen wird. Die Kontrolle über die Geschäftsführung der Bank solle in Händen der Zentralbanken der beteiligten Länder liegen, deren Präsidenten von Amts wegen Mitglieder des Verwaltungsrates der Bank werden sollten. Durch die Ernennung je eines weiteren Mitgliedes von seiten jeden Landes und der Entsendung je eines besonderen dritten Vertreters von Frankreich und Deutschland werde die Zahl der Mitglieder des Verwaltungsrates zunächst bis zu 16 betragen. Diese hätten ihrerseits das Recht, sich durch Zuwahl weiterer Mitglieder zu ergänzen. Das Stimmrecht soll von dem Besitz der Anteile losgelöst sein und in verhältnismäßigem Umfange den Zentralbanken der Länder zustehen, in denen die Emissionen der Anteile durchgeführt worden sind.

Nähere Einzelheiten über den Aufbau und die Aufgaben der Bank sind in einer Anlage enthalten.

Die Zentralbanken der sieben durch ihre Vertreter an dem Sachverständigenausschuß beteiligten Länder sollen, unter Hinzuziehung der Zentralbanken anderer Länder, die an der Reparationsfrage interessiert sind, das Kapital zeichnen, wobei auf die sieben Länder zusammen nicht weniger als 55 Prozent des Kapitals entfallen dürfen.

7. Der Einfluß der Form auf die Annuität.

Für die Bemessung der Höhe der Annuität ist nicht maßgebend gewesen, daß in Deutschland wie in jedem anderen Lande zeitweilige Schwierigkeiten entstehen können, sondern die Beurteilung geht von normalen Zeiten aus. Andernfalls wären die Vorschläge für die Gläubiger nicht annehmbar gewesen. Der Ansicht der deutschen Sachverständigen, die eine Haftung dafür, daß die Gesamtverpflichtung innerhalb der deutschen Leistungsfähigkeit läge, nicht übernehmen wollten, ist dadurch Rechnung getragen worden, daß für schwierige Zeiten die Möglichkeit eines Transferaufschubes gegeben ist. Die Sachverständigen der Hauptgläubigermächte halten die Annuitäten in voller Höhe für aufbringbar und übertragbar; aber nur durch die Einlegung eines aufschiebbaren Teils ist es den deutschen Sachverständigen möglich geworden, die Gesamtlösung anzunehmen.

Das System der Sachlieferungen ist für eine bestimmte Uebergangszeit von zehn Jahren beibehalten worden, um wirtschaftliche Erschütterungen Deutschlands zu vermeiden.

8. Die Annuitäten.

Der Zeitpunkt des Inkrafttretens des neuen Planes und des Außerkrafttretens des Dawesplanes soll durch die Regierungen festgesetzt werden. Die Sachverständigen gehen davon aus, daß der Dawesplan am 31. August 1929 außer Kraft treten und der neue Plan am 1. September 1929 in Kraft treten soll. Die Berechnungen im Plan sind auf der Grundlage vorgenommen, daß für die Leistungen Deutschlands als Stichtag auch dann der 1. September 1929 maßgebend sein soll, wenn die Regierungen einen späteren Zeitpunkt für das Inkrafttreten vereinbaren sollten.

Die für die fünf Monate bis zum 31. August 1929 vorgesehenen Zahlungen auf Grund des Dawesplanes sollen der Deckung der Erfordernisse der Gläubigerstaaten einschließlich deren Zahlungen auf interalliierte Schuldenverpflichtungen (outpayments) für die Uebergangszeit dienen. Auf die sogenannten outpayments entfallen bis zum 31. März 1930 863,1 Millionen Reichsmark. Dazu tritt die feste Zahlung von 742,8 Millionen Reichsmark, sodaß sich ein Gesamtbetrag von 1605,9 Millionen Reichsmark ergibt. Ueber den zu erwartenden Ueberschuß sollen ebenso wie über Ausgaben der Uebergangszeit die Regierungen Vereinbarungen treffen.

Die Annuitäten sind so aufgestellt, daß das Annuitätsjahr vom 1. April 1930 ab mit dem deutschen Haushaltsjahr zusammenfällt.

Der Annuitätsplan sieht vor:

	Millionen Reichsmark
1. September 1929 bis 31. März 1930	742,8
1. April 1930 bis 31. März 1931	1707,9
1. April 1931 bis 31. März 1932	1685,0
1. April 1932 bis 31. März 1933	1738,2
1. April 1933 bis 31. März 1934	1804,3

Die Zahlungen steigen dann weiter laufend von Jahr zu Jahr bis auf 2427,5 Millionen im Jahr 1965/66 und senken sich dann allmählich. Sie betragen:

im Jahre	1960 bis 61	1687,6	Mill.
im Jahre	1961 bis 62	1691,8	Mill.
im Jahre	1962 bis 63	1708,2	Mill.
im Jahre	1963 bis 64	1683,4	Mill.
im Jahre	1964 bis 65	925,1	Mill.
im Jahre	1965 bis 66	931,4	Mill.
im Jahre	1966 bis 67	897,9	Mill.

Die in fremder Währung zahlbare Annuität zerfällt in zwei Teile: Einen in halbmonatlichen Raten zahlbaren unaufschiebbaren Teil von 660 Millionen Reichsmark jährlich (einschließlich des Anleihedienstes aus der Dawesanleihe von 1924) und den restlichen, in monatlichen Raten zahlbaren Teil, für den ein Uebertragungsaufschub und teilweise auch ein Aufbringungsaufschub zugelassen ist.

Nicht mehr enthalten sind in den Annuitäten die Kosten für die fremden Kommissionen und die Besatzungskosten, da diese nur bis zu einem von den Regierungen gleichzeitig mit den Abmachungen über die Annahme des Planes zu vereinbarenden Zeitpunkt zu zahlen seien.

Im übrigen sollen Deutschlands übrige Verpflichtungen durch die Verpflichtungen des neuen Planes vollständig ersetzt werden.

Zusammensetzung der Annuität. Quellen und Sicherheiten.

Für die Reparationsleistungen ist die Hauptsicherheit nunmehr in der feierlichen Uebernahme der Verpflichtung durch die deutsche Regierung gegeben, die durch keine andere Garantie verstärkbar ist.

Demzufolge empfiehlt der Ausschuß den Gläubigerregierungen, das Erforderliche zu veranlassen, um alle noch bestehenden Kontrollen, besonderen Sicherheiten, Pfänder oder Belastungen freizugeben und anzuerkennen, daß durch die Annahme der von der deutschen Regierung feierlich übernommenen Verpflichtung sämtliche z. Zt. vorhandenen Sicherheiten, Pfänder, Belastungen oder Kontrollen ersetzt werden.

Ueber die Dawesanleihe von 1924 wird eine Vereinbarung mit dem Treuhänder der Anleihe zum Zwecke möglichster Vereinfachung vorgeschlagen.

Die Reichsbahnobligationen fallen fort und ebenso die bestehende Mitwirkung von Ausländern in der Verwaltung. Die Reichsbahn soll lediglich für die Dauer von 37 Jahren eine direkte Steuer von 660 Millionen Reichsmark jährlich zahlen und entsprechende Zertifikate der Bank für internationale Zahlungen übergeben. Die Steuer wird von den Bruttoerträgen der Bahn erhoben und hat den Rang unter den Personalausgaben, stets im gleichen Rang mit den Ausgaben für Material und laufende Erneuerung und im Vorrang vor etwaigen anderen Steuern, sowie vor Hypotheken und sonstigen Reichsbahnverbindlichkeiten. Zahlung erfolgt auf das Konto der internationalen Bank bei der Reichsbank. Der private und unabhängige Charakter, die autonome Verwaltung nach wirtschaftlicher, finanzieller und personeller Seite soll gewahrt bleiben. Die bisher erhobene Beförderungssteuer unterliegt der freien Vereinbarung des Deutschen Reiches.

Die Industriebelastung fällt als internationale Belastung fort.

Ansteigende Annuität.

Der Wohlstandsindex des Dawesplanes ist fortgefallen.

Der Teil der nichtaufschiebbaren Annuität ist mit 860 Millionen Reichsmark im Interesse des deutschen Kredits vorsichtig bemessen.

Der aufschiebbare Teil der Annuität ist dazu bestimmt, einer Lage Rechnung zu tragen, die in einer Zeit besonderen wirtschaftlichen Notstandes entstehen könnte.

Deutschland ist aus eigener, freier Entschließung berechtigt, bis zur Höhe des aufschiebbaren Teils der Annuität nach drei Monaten vorher erfolgter Anzeige einen Transferaufschub zu verlangen.

Wenn während eines Zeitraums von drei aufeinanderfolgenden Jahren von dem Transferaufschub für das erste Jahr Gebrauch gemacht wird, können die Uebertragungen, die im zweiten Jahr fällig werden, für höchstens ein Jahr nach ihrer Fälligkeit aufgeschoben werden, es sei denn, daß die während des ersten Jahres fällig gewordenen Uebertragungen indessen voll vorgenommen worden sind. Ist das der Fall, so können während des zweiten Jahres fällig werdende Uebertragungen für zwei Jahre vom Fälligkeitstage an gerechnet, aufgeschoben werden. Während des dritten Jahres fällig werdende Uebertragungen können nicht aufgeschoben werden, bis die im ersten Jahre fälligen Uebertragungen voll vorgenommen worden sind.

Seine Verpflichtungen aus dem neuen Plan hat Deutschland erst erfüllt, wenn alle aufgeschobenen Uebertragungen nachgeholt oder durch Sachlieferungen abgedeckt sind.

Ein Jahr nach Inkrafttreten eines Transferaufschubes kann Deutschland für die Hälfte des Betrages, dessen Uebertragung aufgeschoben ist, die Zahlung selbst aufschieben. (Zahlungsaufschub.)

Deutschland ist nach freiem Ermessen berechtigt, zu erklären, daß seine Währung und Wirtschaft durch teilweise oder vollständige Zahlung des aufschiebbaren Teils ernsthaft gefährdet werden könnten (Revisionsklausel). Sowohl im Falle des Aufschubs wie bei Inkrafttreten der Revisionsklausel tritt ein Sonderausschuß bei der internationalen Bank zusammen.

In seinem Bericht an die Regierungen und an die Bank soll der Sonderausschuß den Gläubigerregierungen und der Bank zur Erwägung unterbreiten, welche Maßnahmen nach seiner Ansicht hinsichtlich der Deutschland unter dem Plane obliegenden Verpflichtungen ergriffen werden sollen.

Sachlieferungen.

Wenn auch keiner die unbegrenzte Fortsetzung der Sachlieferungen wünscht, sind sie doch für die nächsten 10 Jahre aufrecht erhalten worden, weil ihre plötzliche Aufhebung in dem Außenhandel Deutschlands Schwierigkeiten mit sich bringen würde. Für Sachlieferungen sind vorgesehen: Im ersten Jahre 750 Mill. Reichsmark. Der Betrag sinkt bis zum 10. Jahre auf 300 Millionen Reichsmark.

Eingeschlossen sind in die Sachlieferungen Leistungen auf Grund der reparation recovery acts oder an ihre Stelle getretener Abmachungen.

9. Liquidierung der Vergangenheit.

Um so schnell wie möglich eine allgemeine Abwicklung der durch den Krieg und den Versailler Vertrag aufgeworfenen finanziellen Fragen und dadurch in Europa endgültig wieder normale finanzielle und wirtschaftliche Zustände herbeizuführen, empfiehlt der Ausschuß den Regierungen, einen Ausgleich im Geiste gegenseitigen Entgegenkommens mit dem Ziel, einen endgültigen Strich unter die Rechnungen der Vergangenheit zu machen. Die Gesamthaftung Deutschlands für die Reparationsverpflichtungen seitens Ungarns und Bulgariens hören auf.

Um das für das erfolgreiche Arbeiten dieses Planes unerläßliche allgemeine Vertrauen zu gewährleisten, empfiehlt der Ausschuß den Regierungen, von ihrem Rechte, Güter, Rechte und Interessen der deutschen Reichsangehörigen oder der von ihnen abhängigen Gesellschaften zu beschlagnahmen, zurückzubehalten und zu liquidieren, soweit sie nicht bereits liquide oder liquidiert sind oder soweit darüber nicht endgültig verfügt worden ist, nicht mehr Gebrauch zu machen.

10. Kommerzialisierung und Mobilisierung.

Ratschläge über den Zeitpunkt der Ausgabe von Bonds und über ihre Bedingungen können nicht erteilt werden. Nur der Rahmen für solche Maßnahmen wird gegeben.

Die Zahlungen an die Regierungen werden den gleichen Rang haben wie die an die Inhaber von mobilisierten Stücken.

Ueber die geschuldeten Annuitäten liefert Deutschland der internationalen Bank als dem Treuhänder der Gläubigermächte ein Schuldzertifikat aus.

Auf Verlangen der internationalen Bank hat Deutschland Bonds auf den Namen des Reiches unter Garantie des Reichs und seiner Länder über ein Kapital auszustellen, durch das ein Teil der Annuitäten kapitalisiert wird. Unter bestimmten Voraussetzungen hat die Bank dieses Verlangen an Deutschland zu stellen, wenn ein Gläubigerstaat eigene Anleihen auf diese Weise zu konvertieren wünscht.

11. Gegenüberstellung des neuen Plans und des Dawesplanes.

Unter Anerkennung der Dienste, die der Dawesplan geleistet hat, werden die Gründe für seinen Ersatz durch den neuen Plan angegeben.

Der neue Plan enthält eine bestimmte Zahl der Annuitäten und eine feste Höhe der Annuitäten.

Der Wohlstandsindex ist beseitigt, und zwar zugunsten Deutschlands.

Die finanzielle Unabhängkeit Deutschlands ist wieder hergestellt. Das bisherige Kontroll- und Transfersystem war kreditschädigend und verhinderte dadurch eine Mobilisierung.

Zusammenfassend wird ausgeführt, daß die Reparationsschuld nunmehr nichts anderes sei als eine sonstige durch internationale Abkommen geregelte Schuld, daß damit der Umfang der Verpflichtungen genau festgesetzt sei und jede Unsicherheit ausgeschaltet werde.

12. Schlußbestimmungen.

Der Ausschuß spricht unter besonderer Hervorhebung der Verantwortlichkeit für diese Erklärung aus, daß die finanziellen Verpflichtungen innerhalb der Zahlungsfähigkeit Deutschlands liegen, aber er macht einen Vorbehalt. Alles hängt von der künftigen Haltung der beteiligten Völker ab. Die Lösung des Problems ist nicht nur eine Aufgabe Deutschlands, sondern eine gemeinsame Aufgabe von Gläubigern und Schuldnern. Der Erfolg ist durch gegenseitiges Vertrauen bedingt.

Schließlich wird unter Zitierung der betreffenden Stelle des Dawesplanes betont, daß auch der neue Plan ein unteilbares Ganzes sei.

Aus Westdeutschland.

Die Erfolge der westfälischen Züchter auf der D. L. G. in München.

Δ **Münster**, 6. Juni.

Wie wir bereits gestern mitteilten, haben die westfälischen Züchter auf der diesjährigen Ausstellung der D. L. G. in München sehr gut abgeschnitten. Man darf sogar behaupten, daß sie ihre bisherige Stellung voll und ganz behauptet haben, und das ist um so mehr anzuerkennen, als sich das auf der Dortmunder Ausstellung der D. L. G. gewonnene Bild jetzt zu behaupten hatte im vorigen Jahre gegen Mittel- und Ostdeutschland und in diesem Jahre gegen Süd- und Mitteldeutschland. Im einzelnen stellen sich die Ergebnisse wie folgt:

Pferde:

Warmblut. Das Westfälische Pferdestammbuch hatte zur Ausstellung 20 Pferde angemeldet, 10 Warm- und 10 Kaltblüter. Ein Warmblüter erkrankte, so daß nur 9 Warmblüter entsandt werden konnten. Von den Warmblütern erhielten Siegerpreise: Hengst „Hermessohn", Eigentümer Westfälisches Landgestüt, Warendorf, Züchter Witwe Borgmann-Meierdirk, Wadersloh; Hengst „Morpheus", Eigentümer Otto Pellengahr, Haus Geist bei Oelde, Züchter Heinrich Deitering, Natrup bei Havixbeck; Stute „Hermine von Holtwick", Eigentümer und Züchter Wilhelm Thier, Holtwick; 2. Preise: Hengst „Amtmann 826", Eigentümer Westfälisches Pferdestammbuch, Warendorf, Züchter Bernhard Schulze-Miking, Amelsbüren; Stute „Arnika von Pröbsting", Eigentümer und Züchter Gräflich von Landsbergsche Gutsverwaltung, Pröbsting bei Borken; 3. Preis: Stute „Heroine von Bönen", Züchter Karl Westdickenberg, Elker bei Beckum, Züchter Karl Pellengahr, Neuahlen bei Ahlen; Anerkennung: Stute „Hekuba von Albersloh", Eigentümer und Züchter Theodor Haselon bei Albersloh; Stute „Herma von Einen", Eigentümer und Züchter Anton Schulze-Westhoff, Einen, Kr. Warendorf. Außerdem die Sammlung erster Sammlungspreis.

Kaltblut: 2. Preise: „Christoph 510", Eigentümer Westfälisches Landgestüt Warendorf, Züchter Johann Westhues, Elker bei Beckum; „Consula von Halverde", Eigentümer und Züchter Alois Ridder, Buer-Resse. 3. Preise: „Christian", Eigentümer Josef Denkhaus, Dünninghausen bei Beckum, Züchter Witwe Edmund Mersmann, Dünninghausen bei Beckum; „Palmire von Vinnum", Vinnum bei Olfen; „Christa von Sendenhorst", Eigentümer und Züchter Heinrich Grieskamp, Sendenhorst; „Holde von Hagen", Eigentümer und Züchter Vitus Schulze-Hagen, Hagen bei Bork. Anerkennung: „Credit 516", Eigentümer Westfälisches Landgestüt, Warendorf, Züchter Alois Rieping, Vorhelm; „Columbus", Eigentümer und Züchter Otto Pellengahr, Haus Geist bei Oelde; „Inda von Hagem", Eigentümer Josef Janninghoff, Hagem bei Datteln, Züchter Wilhelm Hauwe, Hagem bei Datteln; „Christine von Neuahlen", Eigentümer und Züchter Bernhard Schulze-Geisthövel, Neuahlen bei Ahlen.

Rindvieh, rotbunt.

Verband westfälischer Rotbuntzüchter. Siegerpreis, 1. Leistungspreis und 1. Preis: Kuh „Stall-Nr. 99/16 037", Eigentümer und Züchter Alois Schulze-Lohoff, Laer (Bez. Münster); Siegerpreis und 1. Preis: Bulle „Winter 2923", Eigentümer Bullenhaltungsgenossenschaft Sellen-Veltrup bei Burgsteinfurt, Züchter Heinrich Thiemann, Borghorst; 1. Preis: Kuh „Glocke 20 235", Eigentümer und Züchter Anton Schulze-Robert, Leuste bei Dülmen; Kuh „Ortrud 21 669", Eigentümer und Züchter Bernhard Janning, Coerde bei Kinderhaus; Färse „Bernina", Eigentümer und Züchter Clemens Baumeister, Hohenholte. 2. Preis: Bulle „Univer 1816, Eigentümer Bullenhaltungsgenossenschaft Wormbach bei Schmallenberg, Züchter Theodor Budde-Lohmann, Buxtrup bei Nottuln; Kuh „Wanda 21 000", Eigentümer und Züchter Josef Münnich, Nottuln. Anerkennung: Bulle „Abendrot 3704", Eigentümer Bullenhaltungsgenossenschaft Borghorst, Züchter Wilhelm Schulte, Wechte bei Lengerich; Kuh „Nobelia 18 153", Eigentümer und Züchter Witwe Gerhard Bartels, Haus Sieverding bei Hohenholte; Kuh „Loni 22 308", Eigentümer und Züchter Heinrich Leiverding, Beerlage bei Holthausen, Kr. Steinfurt; Färse „Senta", Eigentümer und Züchter Aloys Schulze-Lohoff, Laer, Bez. Münster; Färse „Granate (Stall-Nr. 125)", Eigentümer und Züchter Aloys Schulze-Lohoff, Laer. 1. Sammlungspreis: Verband westfälischer Rotbuntzüchter und Münsterländer Herdbuch-Gesellschaft.

Schweine.

Eber: Siegerpreis und 1a-Preis: „Reutersohn", Eigentümer Paul Brüning, Sudhoff bei Amelsbüren, Züchter Peter Homann, Stapelskotten bei Münster; 1c-Preis: „Remus", Eigentümer Josef Höding, Rorup; 1b-Preis: „Heidjunker", Eigentümer Bernhard Lepping, Horfeld bei Borken; 2. Preis: „Robber", Eigentümer Bernhard Lepping, Horfeld; 3. Preis: „Eichhorn", Bes. Witwe Tyrell, Telgte; 4. Preis: „Rubikon", Bes. Wilhelm Berkemeier, Lengerich. Anerkennung: „Romit", Bes. Bernhard Lepping, Horfeld bei Borken.

Sauen: Siegerpreis und 1a-Preis: „Lilie", Bes. Bernhard Lepping, Horfeld bei Borken; 1b-Preis: „Rosine", Bes. Jos. Höding, Rorup; 1c-Preis: „Lowisken", Bes. derselbe; 1d-Preis: „Gräfin", Bes. Paul Brüning, Haus Sudhoff bei Amelsbüren; 1l-Preis: „Litze", Bes. Bernhard Lepping, Horfeld bei Borken; 2a-Preis: „Lupine", Bes. derselbe; 2b-Preis: „Gudula", Bes. Paul Brüning, Sudhoff bei Amelsbüren, 2c-Preis: „Gnädige", Bes. derselbe; 2e-Preis: „Lissy", Bes. Bernhard Lepping, Horfeld bei Borken; 4e-Preis: „Bettina", Bes. Alex Vogelsang, Hohenholte. Sammlungspreise: Sammlung Lepping, Horfeld bei Borken (4 Eber, 6 Sauen) 1b-Preis; Münsterländer Schweinezuchtverein (8 Eber, 12 Sauen), 1a-Preis.

★

Die rheinisch-westfälischen Bauernvereine und das Organisationsproblem.

Münster, 7. Juni. Der Westfälische Bauernverein teilt mit: Die Arbeitsgemeinschaft der rheinisch-westfälischen Bauernvereine und Landbünde nimmt erneut Veranlassung, ihre Einstellung zum landwirtschaftlichen Organisationsproblem auszusprechen:

Nach wie vor stehen die Verbände mit aller Entschiedenheit zu dem Gedanken der Notwendigkeit einer wirtschaftspolitischen Einheitsorganisation. Für die gesamte deutsche Landwirtschaft in unserem heutigen Volksstaat liegt es in dringendem Interesse sowohl der Staatsverwaltung als auch der allgemeinen Volkswirtschaft, wenn beide einen einheitlich ausgebauten landwirtschaftlichen Berufsstand als maßgebenden Verhandlungsfaktor besitzen. Die heutige katastrophale Notlage der Landwirtschaft und die daraus resultierende Störung unserer volkswirtschaftlichen Gesamtlage ist auf die Dauer nur zu überwinden durch eine solche Zusammenfassung der Kräfte, die es der Landwirtschaft ermöglicht, ihre Lebensnotwendigkeiten, die zugleich die des Vaterlandes sind, erfolgreich durchzusetzen. Ein solcher Zusammenschluß ist unerläßlich in den Provinzen und Ländern parallel den Organisationen der Landwirtschaftskammern und des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, dessen Rationalisierung in der Durchführung begriffen ist. Erforderlich bleibt, daß aus diesen territorialen Zusammenschlüssen organisatorisch auf dem Wege des Vertreterzystems auch im Reiche eine einheitliche Spitzenorganisation erreicht wird, die dort den Reichsbehörden, Parlamenten und Wirtschaftsverbänden anderer Berufsgruppen als verhandlungsfähiger Partner zur Verfügung steht. Die vier Verbände stehen daher nach wie vor zu dem in Hagen am 11. März 1929 von ihnen gefaßten Beschluß. Nachdem indessen die Präsidenten des Reichslandbundes und der Vereinigung der Deutschen Bauernvereine, Reichsminister a. D. Schiele und Reichsminister a. D. Hermes inzwischen durch eine gemeinsame Erklärung die bestimmte Zusage gegeben haben, demnächst eine Form des organisatorischen Zusammenschlusses der wirtschaftspolitischen Organisationen der Landwirtschaft zu finden, sehen sich die Verbände in der Lage, vorläufig die Ausführung der Ziffer 3 des Hagener Beschlusses zu dem dort bestimmten Termin zurückzustellen. Sie werden aber im Herbst dieses Jahres gemeinsam erneut zu der Angelegenheit Stellung nehmen und nichts unterlassen, um das Endziel des organisatorischen Zusammenschlusses der gesamten deutschen Landwirtschaft sobald als möglich zu erreichen.

★

Unna, 8. Juni. **Tödlicher Unglücksfall auf der Zeche „Alter Hellweg".** Auf der Schachtanlage „Alter Hellweg" stürzte der 31 Jahre alte Bergmann Karl Steinhoff aus Massen eine Kohlenrutsche hinab und wurde von den nachfallenden Kohlen verschüttet. Nach mehrstündiger Arbeit konnte der Verunglückte, der verheiratet und Vater eines Kindes ist, als Leiche geborgen werden.

+ **Salzkotten**, 7. Juni. **Zwei Reichswehrsoldaten verunglückt.** Einer Meldung des „Patr." zufolge verunglückten in einer Kurve kurz hinter dem Dorfe Hörste zwei Reichswehrsoldaten mit ihrem Motorrad. Durch zu scharfes Bremsen geriet die Maschine ins Schleudern und landete vor einem Chausseebaum. Beide Fahrer trugen schwere und stark blutende Verletzungen an Armen und Beinen davon. Das Motorrad wurde schwer beschädigt.

▲ **Geseke**, 8. Juni. **Schwerer Sturz.** Auf der Provinzialstraße Geseke—Erwitte flog dem Fahrer eines Motorrades ein Huhn ins Rad. Der Mann, der sich auf der Rückreise nach Berlin befand, kam zu Fall und erlitt einen Schädelbruch und schwere innere Verletzungen. Im Geseker Krankenhaus fand er Aufnahme, doch wird an seinem Aufkommen gezweifelt.

• **Tecklenburg**, 8. Juni. **Gefährlicher Gerüsteinsturz.** In der Bauerschaft Lehen stürzte plötzlich ein Baugerüst zusammen und begrub drei Arbeiter unter sich. Alle drei wurden verletzt, einer davon schwer. Die Verunglückten wurden dem Krankenhause zugeführt.

○ **Minden**, 8. Juni. **Launen eines Blitzes.** Bei einem Gewitter schlug dieser Tage laut „W. N. N." ein Blitz in die Jakobsburg bei Hausberge ein, ohne jedoch zu zünden. Der Blitzableiter des Hauses wurde abgeschlagen, worauf der Blitz durch die Decke, die arg beschädigt wurde, am Büfett entlang fuhr. Gläser und sonstige Sachen wurden durcheinander geworfen. Ein mit Wasser gefülltes Spülbecken wurde unter die Decke geschleudert. Dann hat sich der Blitz anscheinend geteilt, denn auf der einen Seite wurde die Saalwand zertrümmert, während auf der anderen Seite eine Klosettanlage betroffen wurde.

:: **Osnabrück**, 8. Juni. **Neue Theaterkrise in Osnabrück.** Osnabrück und Münster habe in den letzten Monaten viel durch Theaterkrise von sich reden gemacht, nachdem die zwischen den beiden Städten angebahnte Theaterunion gescheitert war. Nachdem Münster nun die krisenartigen Erscheinungen hinter sich gebracht hat, steht Osnabrück vor neuen Schwierigkeiten. Der Intendant des Osnabrücker Stadttheaters ist ganz plötzlich an das Stadttheater Lübeck als Intendant verpflichtet worden. Und zwar auf dem Wege über ein neues Verfahren. Auf einer Nordlandreise traf er mit maßgeblichen Magistratsmitgliedern aus Lübeck zusammen. Die seinerzeit angebahnten Verhandlungen haben jetzt zur Verpflichtung geführt. Dr. Liebscher, dem es gelungen ist, das Osnabrücker Stadttheater mit einem Zuschuß von kaum 200 000 Mark auf künstlerisch beachtenswerter Höhe zu halten, wird wahrscheinlich das Angebot annehmen.

Fußball.

Die endgültige Aufstellung von West- und Süddeutschland.

Duisburg, 8. Juni.

Für das Jugendheim-Propagandaspiel in Duisburg haben beide Verbandsmannschaften einige Aenderungen erfahren. Beim Süden vermißt man Kalb, Schmidt 2 und Heiner Stuhlfauth. Trotzdem spielen noch sechs Clubleute aus Nürnberg durch die Internationalen Hagen, Knöpfle und Heidkamp verstärkt. Wesentlich beeinflußt worden sind sie dadurch in ihrer Stärke nicht. In der westdeutschen Mannschaft hat man die beiden Schalker Halbinnenstürmer Kuzorra und Czepan herausgelassen sowie den Läufer Müller, dessen Aufstellung auch nicht gebilligt werden konnte. Ob Berkele und Graffers die beiden Schalker ersetzen können, muß abgewartet werden.

Die endgültigen Aufstellungen:

Westdeutschland: Buchloh; Schröder, Weber; Schlösser, Gruber, Flick; Straßburger, Graffers, Malsch, Berkele, Sachenheim 2.

Süddeutschland: Weiß, Wieder, Bretteville, Hornauer, Reinmann, Knöpfle, Heidkamp, Lindner; Hagen, Popp; Kreß.

Von Nah und Fern.

Luftschiff „Raab-Katzenstein" in Hannover.

:: **Hannover**, 8. Juni. Luftschiff „Raab-Katzenstein" ist in der Nacht zum Sonnabend um 4,10 Uhr in Kassel abgeflogen und traf nach etwa 3½stündiger Fahrt in Hannover ein.

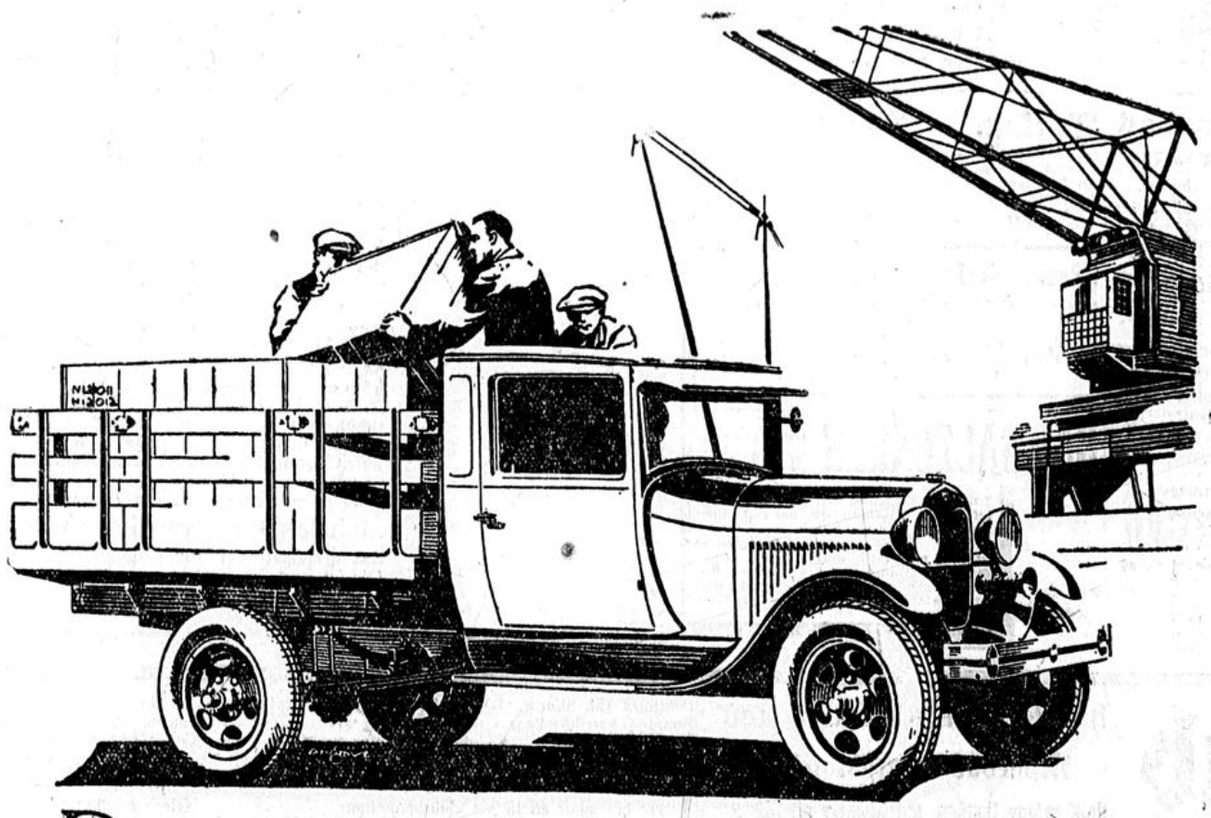
Unterschlagung bei der Berliner Verkehrsgesellschaft.

() **Berlin**, 8. Juni. Einen groben Vertrauensbruch verübte gestern der 26jährige Kassenbeamte Max Krüger, der seit längerer Zeit bei der Berliner Verkehrsgesellschaft, Abteilung Reparaturwerkstatt der Hoch- und Untergrundbahn tätig war. Er flüchtete mit 10 000 Mark.

Die Tätigkeit des Vesuvs.

:: **Neapel**, 7. Juni. Nach einem Bericht des Vesuvobservatoriums entfaltete der Vesuv den ganzen Tag über eine ziemlich starke Explosionstätigkeit, deren Heftigkeit jedoch im Abnehmen begriffen ist. Das Ausströmen von Lava hat aufgehört, man kann sich jetzt sogar schon dem Krater ohne besondere Gefahr nähern.

DER NEUE FORD-LASTWAGEN



befördert 1½ Tonnen reine Nutzlast und ist schnell und billig wie ein Eintonner

Das moderne Transportmittel muß wirtschaftlich arbeiten, muß schnell und zuverlässig im Betriebe sein. Der neue Ford-Lastwagen ist nicht einer der handelsüblichen 1½ Tonner. Er trägt volle 1½ Tonnen reine Nutzlast. Die behördliche Typenbescheinigung ist auf 2300 kg Chassisbelastung ausgestellt. Aber der neue Ford-Lastwagen ist auch schneller als andere Wagen dieser Klasse. Ihr gesunder kaufmännischer Sinn wird Ihnen diesen Wagen empfehlen, der die größte zahlende Last denkbar schnell befördert, denn aus dem Verdienst Ihres Wagens müssen Sie seine Anschaffung bezahlen. Die im Bau von 17 Millionen Fahrzeugen gesammelten Erfahrungen sind in diesem Modell zur Anwendung gebracht. Durch sein Prinzip, ohne Rücksicht auf Kosten das beste und dauerhafteste Material zu verwenden, hat Henry Ford erreicht, daß seine Fabrikate mehr wert sind, als sie kosten. Der neue Ford-Lastwagen ist unerreicht in bezug auf Preis und Leistung. Wählen Sie den Wagen, der Ihnen den größten Nutzen bringt. Jeder autorisierte Fordhändler wird Ihnen gern alles zeigen, Sie über alles unterrichten.

Dieser Lastwagen entwickelt 40 PS, befördert 1½ to Nutzlast, leistet bis 80 km/Std. Neue mechanische Sechsfach-Bremse. 3 Vorwärtsgänge, 1 Rückwärtsgang.

Bequeme, langfristige Teilzahlungen. Eine geringe Anzahlung bringt Ihnen die sofortige Lieferung eines fahrbereiten Ford-Lastwagens.

Ford

FORD MOTOR COMPANY A.-G.
Berlin-Westhafen

9. Tagung des Bundes der Saarvereine.

‡ **Münster**, 8. Juni 1929.

Die Stadt Münster steht vollkommen unter dem Eindruck der neunten Tagung des Bundes der Saarvereine, zu der Reichskanzler a. D. Dr. Marx das Protektorat übernommen hat. Zahlreich sind die Vertreter der einzelnen Ortsgruppen erschienen. Besonders zahlreich aus dem naheliegenden Ruhrgebiet, wo auf den dortigen Kohlengruben Hunderte von saarländischen Bergleuten beschäftigt sind. Mit großer Genugtuung wird es begrüßt, daß sich auch aus dem Saargebiet wieder Vertreter aus allen Bevölkerungsschichten zu der Tagung eingefunden haben.

Der Tagung sind wieder zahlreiche schriftliche und telegraphische Grüße der Reichs- und Länderregierungen, der Parlamente, politischen Parteien, der wirtschaftlichen, gewerkschaftlichen und sozialen Organisationen usw. zugegangen. An der Spitze stehen die Begrüßungstelegramme des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers im Namen der Reichsregierung, der preußischen Staatsregierung usw. Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat außerdem der aus Anlaß der Tagung herausgegebenen Festnummer der „Saarfreund" ein Geleitwort gegeben, worin er u. a. sagt, daß sich mit Münster für jeden Deutschen untrennbar die historischen Erinnerungen an jene Versammlung verbinden, die nach langwierigen Beratschlagungen endlich die Formel gefunden hat, um den Krieg zu beenden, der 30 Jahre lang deutsche Zwietracht gesät und Deutschlands Fluren verwüstet hatte. Eine stärkere Mahnung zur Eintracht und zur Einigkeit an alle Deutschen könne man sich nicht denken. Das deutsche Volk habe erst durch unendliche Not und größtes Unglück schreiten müssen, um seine Einheit zu erwerben. Durch Not und Unglück seien wir auch wieder in den 10 Jahren geschritten, aber das kostbare Gut der Einheit des Reiches hätten wir trotz aller inneren Zerrissenheit zu wahren vermocht. Das Saargebiet sei allerdings äußerlich während dieser Zeit von uns getrennt durch Mauern, die von außen errichtet wurden, die aber den lebendigen Austausch der Gedanken zwischen den Landsleuten diesseits und jenseits der unnatürlichen, künstlichen Trennungslinie nicht nur nicht zu verhindern vermochten, sondern sogar das Gefühl unlöslicher Zusammengehörigkeit und Verbundenheit des Saargebietes mit Gesamtdeutschland noch stärker hätten zum Bewußtsein kommen lassen. Nicht immer nur sei es produktive Arbeit, Bauwerke zu errichten, manchmal vielmehr sei es in des Wortes bester Bedeutung Arbeit produktivster Art, abbruchreife Bauwerke niederzureißen. „Deshalb hernieder mit den Mauern, hinein ins deutsche Land für alle Zeiten!"

Der Samstag war in erster Linie geschäftlichen Beratungen gewidmet. Die Berichte über die Tätigkeit des Bundes der Saarvereine lassen eine erfreuliche Lebendigkeit der Arbeit in den Ortsgruppen und eine erfolgreiche Aufklärungsarbeit über die saarpolitischen Vorgänge erkennen. Weiter galt die Arbeitstagung der Festlegung der künftigen Bundesarbeit, um eine einheitliche Linie in der politischen Aufklärungstätigkeit zu ermöglichen. Als wichtigstes Ergebnis der Verhandlungen ist die Aufstellung der folgenden Entschließung anzusehen, die der morgen stattfindenden Vollversammlung als Kundgebung der neunten Tagung des Bundes der Saarvereine vorgeschlagen wird:

„Vertreter vom Bunde der Saarvereine haben sich in Münster i. Westf. Männer und Frauen aus dem Saargebiet und dem übrigen Deutschland versammelt, um erneut die Aufmerksamkeit der Welt auf das fortdauernde Unrecht an der Saar zu lenken.

Das Volk an der Saar hat seit dem Beginn der Fremdherrschaft seinen Willen häufig deutlich kundgetan: „in unverbrüchlicher Treue ersehnt es die Rückkehr zum deutschen Vaterland" — heißt es wiederum in der letzten Entschließung der Volksvertretung des Saargebietes.

Die einmütigen und gleichbleibenden Bekenntnisse des Volkes an der Saar widerlegen schlagend die Saarlüge Clemenceaus von 150 000 Menschen, die im Saargebiet wohnten und Franzosen seien nach Ursprung und Gefühl.

Das Volk an der Saar wehrt sich auch gegen die unlauteren Versuche, die Berücksichtigung seines klaren Willens abhängig zu machen von wirtschaftlichen Bindungen im Interesse französischer Unternehmer; nicht französische Unternehmer haben zu entscheiden, was der Wirtschaft im Saargebiet frommt, sondern das Volk an der Saar: es sieht in der Rückkehr zu Deutschland auch die einzige Bürgschaft für die Wiedergesundung seiner Wirtschaft.

Das Volk an der Saar fühlt sich in unlöslicher Schicksalsgemeinschaft verbunden mit dem Deutschen Rhein: jedes Entgegenkommen gegenüber Versuchen, den unnatürlichen Keil zwischen Rhein und Saar bestehen zu lassen oder weiter zu treiben, würde im Saargebiet als nationaler Verrat empfunden werden.

Das Volk an der Saar ist sich bewußt, mit seinem Willen auch dem großen Gedanken der Völkerversöhnung zu dienen: es erkennt die Gefahr für die friedliche Entwicklung Europas, die mit der fortdauernden Entrechtung der Saar verbunden ist.

Darum macht ein Ende mit dem Saarexperiment des Versailler Vertrages, das sich in neun Jahren als völlig verfehlt erwiesen hat, durch die ungeschmälerte Rückgabe des Saargebietes an Deutschland."

Zur Umgemeindungsfrage.

× **Münster**, 8. Juni.

Der Eingemeindungsausschuß des preußischen Landtages hat in diesen Tagen die für die Umgemeindung in Frage kommenden Gemeinden des Industriebezirkes besichtigt; am Mittwoch beschäftigte er sich mit den den Regierungsbezirk Münster angehenden Fragen. Ueber den Verlauf dieser Reise haben wir bereits berichtet. Das Münsterland interessiert besonders die Frage Dorsten-Hervest-Holsterhausen und die Frage Haltern. Die Ansichten des Ausschusses zu diesen Fragen werden natürlich nicht hinausposaunt. Wie man aber hört, soll die Mehrheit des Ausschusses sich für die Abtrennung der Stadt und des Amtes Haltern vom Kreise Coesfeld und für die Angliederung an den Landkreis Recklinghausen erwärmt haben. Hinsichtlich Dorstens scheint es augenblicklich, daß der Ausschuß sich für den Amtsverband Dorsten-Wulfen entscheiden will. Allerdings sind auch diese Fragen vorläufig noch keineswegs festgelegt, da im Schoße der Fraktionen und bei den Beratungen im Plenum die Würfel noch gänzlich anders fallen können.

DER WEG ZUM WOHLBEFINDEN führt durch Magen und Darm. Leiden Sie an Aufstoßen, Völle im Leib, Blähsucht, Druck auf das Herz und anderen Zeichen gestörter Verdauung, so schreiten Sie ein, ehe Ihre Gesundheit geschädigt wird.

SANACARBON verbesserte Kohletabletten, verschaffen Ihnen auch nach reichlicher oder nicht bekömmlicher Nahrungsaufnahme ein Gefühl behaglicher Leichtigkeit; sie verhindern Aufstoßen, Auftreibung des Magens und Darms, Darmgärung und Bildung von Fäulnisgiften im Darm.

SANACARBON regelt den gesamten Verdauungsvorgang durch Desinfektion des Darminhalts, milde, anmerkliche Abführwirkung und bessert hierdurch das psychische und körperliche Allgemeinbefinden.

Verlangen Sie Sanacarbon nur in den Apotheken. Preis per Dose à 100 Stück RM. 2,—. (Porto und Zoll extra.)
Hersteller: Dr. Hugo Rommler Act.-Ges., Berlin N 31.

Weiße Zähne: Chlorodont

Kaiser-Karls-Bad in Bad Lippspringe
heilt die Lunge. Verlangen Sie Prospekt 140 kostenlos. (Bitte Adresse beachten.)

Bäder und Sommerfrischen

BAD BRÜCKENAU für Nieren-, Harn- u. Blasenleidende
Staatliches Mineralbad Bayern/Unterfranken
„Wernarzer Hel!-Quelle"
STAHL- UND MOORBAD
erprobt gegen Frauenleiden und Blutarmut
Auskünfte und Prospekt durch das staatliche Mineralbad
KURZEIT: MAI–OKTOBER JAGD UND FISCHEREI

Solbad Salzdetfurth bei Hildesheim
Die Perle in Naturschönheiten
Das Solbad der großen Erfolge
Prospekte verlangen!

Teutoburger Wald.
Sommerfrischler und erholungsbedürftige finden freundl. Aufn. bei guter Verpfleg. u. bill. Berechn. Herrliche waldr. Gegend. 2 Morg. große Liegewiese. Bad Meinberg in 10 Min. mit der Straßenbahn zu erreichen. a12322
Pens. Haus Nölting. Reelkirchen, Post Herrentrup (Lippe).

Bad Driburg
am Teutoburgerwald
In Privathaus, n. am Walde gel., mit gr. Liegewiese, sch. Zimm. m. 1 u. 2 Bett, m. Frühst. od. Pension b. abs. Frau Bönnighausen, Westerfeldmark. ja12367

Sommerfrische Silberborn
in schönem Hochwald d. Sollings gelegen. Autoverbindung von Holzminden. Pensionspreis v. 3,75 Mk. an. Prima Verpflegung. Gast- und Pensionshaus Aug. Kranz. cpt11308

Sauerland
Sommerfrische
„Gasthof zur Post"
Neuastenberg,
gelegen am südl. Abhang des 842 m hohen Asten (¼ Std. entfernt), inmitt. von Tannen- u. Buchenwäldern, mit einer herrl. Aussicht. Verpflegung u. Betten sehr gut. Pension 4,50 Mk. m. 4 Mahlzeiten

Schwarzwald!
Gast- und Kurhaus Lautenfels, 400 m, Post Gernsbach in Murgt., Tel. 84, tannenwaldreich, ruhig, romantisch. Geg. Veranda Garten, Schwimmbad. Pens. 5 Rm. Vor- u. Nachl. bill. ja12346

Dreitägige Schiffswallfahrten des Niederrheins nach Bornhofen u. Mainz
Die zweite Marienwallfahrt auf dem Rhein findet in der vorletzten Augustwoche statt: von Dienstag, 20., bis Donnerstag 22. August.
Preis 19,75 Mk. Illustr. Prospekte.
Anmeldungen an
Pilgerleitung d. Wallfahrten des Niederrheins, M.-Gladbach-Rheindahlen. a12370

AUSWANDERER nach AMERIKA
erhalten kostenlose Auskunft über Visumbeschaffung und fachmännische Ratschläge
M. Lückertz, Münster, Drubbel 4
Agent
RED STAR LINE / Antwerpen

Bad Driburg
Am Teutoburgerwalde
Kohlensaures Stahl- und Schwefelmoorbad heilt
Blutarmut, Frauen-, Herz-, Nieren- und Blasenleiden, Gicht u. Rheuma
Kurzeit Ostern bis 31. Oktober · Kostenlose Badeschrift durch die Gräfliche Kurverwaltung

Radium-Solbad Rothenfelde,
Radiumhaltige, stärkste kohlensaure Sole Deutschlands
Vorzügl. Heilerfolge bei Herzleiden, Haut- und Frauenkrankheiten, Rheuma, Gicht, Ischias, Skrofulose, Rachitis.
Großzügige Neubauten und Parkanlagen.
Man verlange Badeschrift und Wohnungsanzeiger frei von der Badeverwaltung Ab. R 21
Die Perle des Teutoburger Waldes Bahnst. Bielefeld-Osnabrück
Sommer- und Winterkuren.

Früh- und Frühjahrskuren:
Herz, Rheuma, Nerven, Luftwege
Bad Salzuflen
Prospekte durch d. Bad. Verw. d. Reichsbürob.

Nordseebad Wremen
bei Bremerhaven.
Neue Badeanstalt. Keine Kurtaxe. Auskunft ert. die Badeverwaltung.

Borkum — Nordsee-Hotel
(Strandhotel). Volle Pension bis 1. Juni von 7.— RM. an, bis 15. Juni von 7,50 RM. an, ab 15. Juni von 8.— RM. an, ab 1. Sept. von 7,50 RM. an. Prosp. in der Geschäftsst. der Zeno, Münster i. Westf., Michaelisplatz zu haben.

Bad Nassau an der Lahn.
Pension „Waldesraum" bietet ang. ruh. Aufenth. bei gut. Verpfleg. (5 Mk. pro Tag). Zentral-Heiz. Fließendes Wasser. Keine Kurtaxe.

Im „Schloß am Meer"
Nordseebad Fedderwardersiel (Oldbg.)
dicht am Meer,
finden Gäste gute Aufnahme, ohne Nebenkost. u. Kurtaxe. 4 Mahlz. 4,50 Mk. Eigene Seebäder. Milchkuren (5 Kühe).

Sol- und Thermalbad Königsborn
Eisenbahnstationen Unna u. Unna-Königsborn.
Badezeit vom 1. Mai bis 15. Oktober. Beste Heilerfolge bei Gicht, Rheumatismus, Ischias, Skrofeln, Drüsen, Rachitis, Herz-, Nerven- und Frauenkrankheiten. · Neuzeitliches Sole-Inhalatorium. — Mäßige Preise f. Unterk. u. Bäder. Badeschrift u. Auskunft unentgeltlich durch die Badeverwaltung in Unna-Königsborn.

Kurhaus Wilderswil bei Interlaken.
Prachtv., staubfr. Lage. Zimmer m. fließ. Wasser. Pension v. Frs. 9,— an. Garage m. Boxen. Prosp.

BAD SALZUNGEN bei Eisenach in Thüringen
Sole- und Moorbad mit großem Inhalatorium. Heilerfolge bei Katarrhen, Asthma, Emphysem, Skrofulose, Rachitis, Rheuma, Herz- u. Frauenleiden. Gradierhäuser, einzigartig eingerichtet. Pneumatische Kammern. — Wald — Kurkonzerte, Kurtheater usw. Prospekt und Auskunft durch die Badedirektion.

Reisezeit, schöne Zeit,
überall Freude und Fröhlichkeit.
Schon das Packen der Koffer in den Vortagen löst eine freudige Stimmung aus. Man sonnt sich in Vorgenüssen und ist dabei der leichte, freie Mensch, der den Pflichtenkreis abstreift und den nichts mehr einengt. Frei und froh geht es in den verdienten Urlaub und in die Erholung.
Der „Zeno-Bäder- u. Sommerfrischen-Anzeiger" sagt Ihnen, wo Sie vorteilhaft Erholung suchen können. Alle Bäder, Sommerfrischen und sonstige Kur- und Erholungsstätten, die in der „ZENO" inserieren, senden Ihnen kostenlos und unverbindl. Prospekte über Unterkunftspreise, Schönheiten der betr. Gegend, Heilmöglichkeiten, wenn es Bäder gegen besondere Krankheiten u. dergl. sind. Denken Sie bitte immer daran, bei den Anfragen zu schreiben:
„Ich las Ihre Anzeige in der Zeno".
Sie erweisen der Zeno damit einen besonderen Dienst und Sie kostet es nichts.

Bad Kohlgrub höchstgelegenes Stahl- und Moorbad Deutschlands.
Vollständige Pension mit Zimmer ab Mk. 5.
Deutsches St. Moritz, 900 Meter ü. M., Bahnstation der Strecke München-Oberammergau. Sonnige, herrliche Lage. Umgeben von großen eigenen Parkanlagen. Das ganze Jahr geöffnet. Berühmt durch unvergleichliche Heilerfolge bei Blutarmut, Bleichsucht, Frauenkrankheiten, Rheumatismus, Gicht, Nerven- und Herzleiden, sowie bei allen Stoffwechselkrankheiten.
Leitender Kurarzt: Sanitätsrat Dr. W. E. Pinggéra.
Nähere Auskunft erteilt die Badeverwaltung. Telephon: Amt Weilheim 84 500.
Alleinige Besitzerin: Marie Failer.

